

„New Deal“ – Themenvorschlag für das Themensemester 2021

New Deal: Wirtschaftliche Erholung und Sozialreformen

Der Begriff „New Deal“ ist wirtschafts- und sozial politisch bereits mehrfach besetzt gewesen und interpretiert worden. Laut Webster’s New Collegiate Dictionary¹ entspricht seine ursprüngliche Bedeutung einem Kartenspiel, in dem die Karten neu gemischt werden und so zu einer „situation of freshness and equality of opportunity“² führen. Daraus werden bei Webster’s zwei politische Begriffserklärungen abgeleitet:

- 1 Das gesetzliche und administrative Programm von Präsident Roosevelt nach der Weltwirtschaftskrise, um für „economic recovery and social reform“³ zu sorgen. Die von dem Programm gesteuerte Periode der 1930er Jahre wird ebenfalls mit New Deal bezeichnet.
- 2 Regierungsprogramme, die dem vorgenannten Programm in Zielen oder Maßnahmen vergleichbar sind. Davon abgeleitet werden die Begriffe New Dealer, der die Akteure im New Deal beschreibt, sowie new dealish und new dealism⁴, die die Art und Weise von Gesetzen oder Maßnahmen beschreiben, die an Roosevelts New Deal erinnern.

Roosevelts New Deal enthielt ein Notprogramm wegen der Massenarbeitslosigkeit, die die Weltwirtschaftskrise verursacht hatte, und Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung. Der Kern war die Regulierung des Bankensystems und des Wertpapierhandels, nachdem diese als Krisenauslöser identifiziert worden waren. Mit dem Begriff wurden danach politische Maßnahmen bezeichnet, die Wirtschafts- und Sozialreformen zum Ziel haben, wie unter 2 beschrieben. In der jüngeren politischen Geschichte sind zwei Aktionspläne relevant, die für Europa und Deutschland bis heute eine Rolle spielen, das Schröder-Blair-Papier und die Agenda 2010. Man kann weitere New Deals identifizieren, auch wenn sie nicht die gleichen Wirtschafts- und Sozialreformen wie der alte New Deal zum Ziel haben. Ihr Inhalt bleibt ohne solche Theorieentwicklung und praktische Politik aber nicht umsetzbar. Während die Agenda 2010 wirkte, entwickelte die Union ihre pragmatische „Mitte“ als Markenzeichen der Merkel-Ära. Der Koalitionsvertrag 2018 berief eine „neue Dynamik“ aufgrund des schon Erreichten. Die Grünen forderten schon länger eine „ökologische Modernisierung“, für die aber auch weitreichende Reformen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik unumgänglich sind. Aus den Benachteiligungen, die der globalen neoliberalen Wirtschaftspolitik zugeschrieben werden, gingen die internalen Forderungen der Vereinten Nationen der Sustainable Development Goals (SDG)⁵ hervor. Mehr zur Geschichte der New Deals in Deutschland ab Seite 8.

¹ Webster’s New Collegiate Dictionary, Verlag G & C Merriam Websters, Springfield, Massachusetts, USA

² Wörtlich: Situation der Frische und Gleichheit der Möglichkeiten. Im politischen Sprachgebrauch von heute etwa: Erneuerung und Chancengleichheit

³ Ökonomische Erholung und soziale Reformen

⁴ Vergleichbar dem New Deal; New-Dealismus (?) – vielleicht besser: New-Deal-Periode

⁵ 17 SDG’s wurden 2012 in Rio De Janeiro von den UNO-Mitgliedstaaten verabschiedet

Bekannte Anforderungen an die Wirtschafts- und Sozialpolitik

Defizite ohne Lösung: Der New Deal im Roosevelt'schen Sinn zielte mit seinem Ziel der ökonomischen Erholung und der Sozialreformen auf die etablierte Wirtschaft, ebenso das Schröder-Blair-Papier und die Agenda 2010. Mit dem heutigen Blick auf die Zusammenhänge reicht es nicht aus, sich mit diesen traditionellen Begriffen der Wirtschaft und Politikziele zu befassen. Die grünen Erweiterungen machten erstmals deutlich, dass die bisherigen Theoriegebäude verlassen werden müssen.

Müllproblematik: So zeigte beispielsweise die Müllproblematik in den vergangenen Jahrzehnten, dass Theorie und Praxis weitergehend erfasst und verändert werden müssen. Ausgebrauchte Produkte, Produktionsreste oder Verpackungen können nicht mehr so wie früher einfach in die Natur zurückgegeben werden, wo man sie entnommen hatte, also: Wohin damit? In die Theorie vom Boden als für alle verfügbares öffentliches Gut wurde quasi eine Lücke gerissen. Der bis dahin in der Theorie als geschlossen angenommene Wirtschaftskreislauf war aufzubrechen. In der Praxis versucht der Grüne Punkt seit den neunziger Jahren weitgehend erfolglos, den Verpackungsabfall als Wirtschaftsgut wieder in den Produktionsprozess zurückzuführen. Ebenso geht es der Luft mit bereits bedrohlicher Verschmutzung oder dem Wasser mit beschränktem Zugang zu sauberem Wasser für den ärmeren Teil der Weltbevölkerung. Maßnahmen wie CO₂-Bepreisung oder käufliche Wasserrechte doktern am Problem nur herum. Müll und Umweltschäden sind immer noch nicht handhabbare externe Effekte.

Frauenrechte: Die feministische Wirtschaftstheorie fordert zu Recht nicht nur die Anerkennung der unbezahlten Arbeit aus der Haushaltsproduktion und eine Besserstellung der vergleichbaren bezahlten Arbeit. Sie fordert auch die Erweiterung wirtschaftstheoretischer Begriffe um den Anteil der Care-Arbeit. Mit einer entsprechenden Anerkennung dieser Anforderungen und Werte sowie auch mit ihrer Abbildung durch die Wirtschaftstheorie gibt es traditionell jedoch unüberwindliche Schwierigkeiten. Haushaltsproduktion, Care-Arbeit und ehrenamtliche soziale Arbeit werden immer noch als der private Sektor behandelt, der mit der Ökonomie nichts zu tun habe. Der externe Effekt unzureichender Einkommen und Altersvorsorge, vor dem Frauen regelmäßig stehen, fordert auch nach theoretischen Lösungsvorschlägen, spätestens seit das Ernährermmodell durch die Lohnabsenkungen, die die Agenda 2010 für Männer brachte, nicht mehr tragfähig ist. Ungelöst ist das Problem der Wohlstandsmessung nicht nur für die Haushaltsproduktion⁶, denn monetäres Wachstum ist nicht gleich Wohlstand.

Corona bringt es an den Tag: Aktuell kommt hinzu, dass die Corona-Krise Struktur- und Performance-Defizite überdeutlich werden lässt, die mit traditionellen Theorien nur unzureichend behandelt werden können. Offengelegt werden auch Defizite in der Demokratieentwicklung, obwohl dies bereits der Koalitionsvertrag 2018 als behandlungsbedürftig erkannte. Der damalige Status quo hatte mit der Wahl fast zur Unregierbarkeit der Bundesrepublik geführt.

Die Karten neu mischen: Es gibt also etliche Baustellen in Wirtschaft und Gesellschaft, für die es im Prinzip neue New Deals geben müsste, die wieder zu ökonomischer Erholung und

⁶ Norbert Schwarz, Florian Schwahn: Entwicklung der unbezahlten Arbeit privater Haushalte, Bewertung und Vergleich mit gesamtwirtschaftlichen Größen. Statistisches Bundesamt / WISTA / 2 / 2016

notwendigen Sozialreformen führen und die die Bevölkerung auch für erforderlich hält. An dieser Stelle drängt es sich fast auf, auf den ursprünglichen Wortsinn des New Deal noch einmal zurückzukommen: Die Karten neu mischen, einen frischen Wind der Erneuerung zulassen und Chancengleichheit herstellen. Auch die erste Erweiterung aus dem Schröder-Blair-Papier, einen dritten Weg zu suchen, kann angesichts der zahlreichen ungelösten Nachhaltigkeitsfragen eine regionale Aufgabe für Politik und Wirtschaft sein. Der dritte Weg wird jedoch nicht wie damals zwischen dem neoliberalen Kapitalismus und der klassischen Sozialdemokratie verlaufen können. Beide konnten in den letzten Jahren keine hinreichenden Antworten liefern. Es muss an vielen Stellen neu gedacht werden.

New Deal: Themen für die Sozialökonomie

Interdisziplinärer Denkansatz: Im interdisziplinären Zusammenhang des FB Sozialökonomie können Themenkomplexe wie diese behandelt werden. Sie gehören zum allgemeinen Studiengebiet des FB's und enthalten Forschungspotential. Zudem will der Fachbereich mit einem interdisziplinären Ansatz zur wissenschaftlichen und politischen Weiterentwicklung beitragen und ggf. Anstöße liefern. Die Auswahl in einer kleinen Veranstaltungsreihe zum Themensemester ist naturgemäß beschränkt. Dennoch soll hier zunächst die Themenvielfalt⁷ einer solchen Aufgabe angedeutet werden. Eine Auswahl ist danach unumgänglich und unterliegt insbesondere auch den derzeitigen Organisationsbedingungen.

Krisen befördern Veränderung: Die Zeit ist günstig. Es sind die krisenhaften Momente, wo Änderung möglich wird. Wenn Politik, Wirtschaft und auch Wirtschaftstheorie neu ausgerichtet werden sollen oder müssen, sollte man sich zunächst die Frage stellen: In welche Richtung? Meint man wie bisher in der Wohlstandsbewertung „nur“ alles, was mit Geld, Wirtschaftswachstum und der Finanzwirtschaft zu tun hat? Oder will man darüber hinausgehen und die Chance auf ein erfülltes Leben in Bewertungen und Maßnahmen mit aufnehmen? Zu letzterem gehört eine materielle Grundlage, also auch die bereits im ersten New Deal angestrebten Sozialreformen. Aktuell muss die Sozialpolitik beispielsweise die digitale Umgestaltung der Arbeitswelt behandeln. Die Betrachtung der Krise und der Versuch der Veränderung bedeutet als erstes einmal, die Frage zu stellen: Was ist eine Krise oder was verstehen Expert*innen darunter? Einige Beispiele:

Krise des Gemeinwesens: Die Krise des Gemeinwesens existiert schon lange. Es fehlen Orte für unkommerzielle Unterstützung. Aktuell merkt man sehr deutlich, dass die Kommerzialisierung inzwischen alle Lebensbereiche durchdrungen hat. Wenn die Läden und Lokale geschlossen sind, ist das ganze öffentliche Leben verschwunden. Gesundheitswesen und Altenpflege sind zur wirtschaftlichen Dienstleistung geworden, während unbezahlte Care-Arbeit keine Berücksichtigung findet. Es muss auch anderes Leben außerhalb der kommerziellen Bereiche geben und auch anerkannt werden. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge dazu führte, der Gewinnerorientierung auch in Bezug auf

⁷ Anregungen wurden beispielsweise der Gesprächsreihe „Utopie-Studio“ der Leuphana-Universität Lüneburg entnommen, u.a.: „Den Wohlstand retten?“ mit Prof. Dr. Maja Göpel und Richard David Precht Quelle: www.leuphana.de/Konferenzwoche Februar 2021

Infrastruktur den Vorrang einzuräumen, aktuell beispielsweise abzulesen an der nicht hinreichenden digitalen Netzversorgung⁸.

Care-Anteile mit Bewertungsdefizit: Die Krise macht deutlich, was die Gesellschaft eigentlich trägt: Nicht die Börse sondern Care, Versorgung etc. Unser Wertesystem ist plötzlich auf den Kopf gestellt. Das liegt aber nur daran, dass wir bisher dem Narrativ folgen, die Produktion sei das Wichtigste und trage alles andere in der Gesellschaft. Aber dies trägt nicht wirklich. Die Corona-Krise zeigt, die Welt des Geldes und der Produktion wird von allem anderen getragen. Vieles davon wird nicht anerkannt, weil es dem privaten Sektor zugeordnet ist und nicht als Wohlstand erfasst wird. Wohlstand wird oft vom materiellen Denken bestimmt. Das Überleben muss gesichert sein. Aber gutes Leben geht darüber hinaus: Gesundheit, Zusammenhalt, Kultur, Kreativität, auch das Bewusstsein, dass Menschen die Möglichkeit haben, ihr Leben selbst zu bestimmen.

Wachstum in einer endlichen Umwelt: Die größte Krise bleibt die unserer Öko-Systeme. Der Kapitalismus braucht Wachstum, um stabil zu sein. Gleichzeitig weiß man, dass man in einer endlichen Welt nicht unendlich wachsen kann. Die Pandemie zeigt keinen Weg aus dem Dilemma. Im Gegenteil werden die Folgen bekämpft, indem man mit großen Subventionsbeträgen wieder Wachstum generieren will. Problematisch ist, dass damit immer wieder die bereits existierenden Produktpaletten gefördert werden, von denen man weiß, dass sie die Öko-Systeme belasten. Als regionales Beispiel könnte hier die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Hamburg behandelt werden; die Konzentration auf Hafen und Logistik sollte überdacht werden.

Wachstumstheorie überprüfen: Das westlich orientierte Wirtschaftssystem ist nur stabil, wenn es wächst. Deshalb pumpt der Staat jetzt auch so viel Geld in das System, um neues Wachstum zu generieren. Ohne Wachstum würde das System chaotisch schrumpfen. Deshalb wird dies immer wieder mit großem Aufwand verhindert. Wachstum als Wirtschaftskern spiegelt sich beispielsweise in unserer Unternehmensbesteuerung. Unternehmen, die keine Gewinne generieren, wird der Unternehmensstatus steuerlich aberkannt. Gerettet werden die Konzerne, weil sie das Wachstum sichern. Nur ein kleiner Teil der ausgelobten Mittel geht in die Besserstellung von Pflegepersonal oder an den Personenkreis, der in der Krise das Überleben von vielen sichert. Die Beschäftigten im Einzelhandel sind (trotz Beifall) schon fast wieder vergessen. Die Wachstumsorientierung verschärft die Ungleichheit in der Corona-Krise weiter.

Instabiles Finanzsystem: Die Finanzwelt ist fragil. Viele haben nicht verstanden, wie gefährlich die Pandemie für den Finanzmarkt gewesen ist. Die Gefahr eines Zusammenbruchs war größer als 2008, weil mehr Bereiche betroffen sind. Die Zentralbanken haben deshalb in noch größerem Umfang intervenieren müssen. Die Pandemie hat die Zentralbanken erneut in die Rolle des letzten Retters gedrängt und so gezeigt, dass das System so instabil ist, dass es eigentlich immer damit rechnet, gerettet werden zu müssen. Im Kontext der Wohlstandsgefährdung muss man erkennen, dass aus der Finanzkrise 2008 keine Konsequenzen gezogen wurden.

⁸ Landkreis Harburg <https://www.landkreis-harburg.de/portal/seiten/stabsstelle-digitale-infrastruktur-breitband-schnellesinternet-fuer-den-landkreis-harburg-901001674-20100.html?vs=1> : Der Netzausbau obliegt grundsätzlich dem freien Markt der privaten Telekommunikationsunternehmen. Nur dort wo es für sie nicht profitabel ist, verbleibt der Ausbau in öffentlicher Verantwortung, z.B. in Schulen.

Wenn das Finanzkapital gerettet wird, tut man das wieder mit Steuergeldern, die alle gezahlt haben. Rettungsaktionen führen so zu einer Umverteilung von unten nach oben.

New Deal: Chancen für die Wirtschaftstheorie

Die Richtung neu bestimmen: New Deal heißt traditionell wirtschaftliche Erholung und Sozialreformen. Ausgehend von dieser Zuordnung werden hier solche Aspekte angesprochen. Vermutlich sind auch an anderen Stellen des Gemeinwesens New Deals erforderlich, um nachhaltige Veränderung herbeizuführen, was hier jedoch zu weit führen würde. Bisher stehen Wirtschaftswachstum, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Sozialreformen im Mittelpunkt von New-Deal-Maßnahmen in Deutschland, um damit zum Wachstumspfad zurückzukehren. Aber brauchen die Menschen für ihr Wohlbefinden das, was damit zur Verfügung gestellt wird? Das „höher, schneller, weiter“ wird ihnen ständig als unverzichtbar vermittelt, bis hin zur kognitiven Vermüllung: Wir dürfen gar nicht auf die Idee kommen, dass wir die Produkte und Dienstleistungen gar nicht alle brauchen. Das gilt auch für ökologisch nicht sinnvolles, für dessen Absatz vermeintlich „der Verbraucher“ verantwortlich ist. Die Bedarfsdeckung ist immer ein Bild der Zeit. Oft sind es sogar nur Statussymbole, die vermittelt werden. Man kauft sich soziale Distinktionsgewinne, die immer wichtig waren. In Zukunft müssen diese jedoch über andere Dinge gesichert werden, z.B. über Sinnstiftung. Die ständige Produkterneuerung ist nicht dauerhaft sinnstiftend. Gerade die neuen Produkte verlieren oft schnell an monetärem und ideellem Wert. Der Auftrag eines New Deal wäre hier: Falsche Zielbegriffe und falsche Modelle müssen erkannt und reformiert oder ersetzt werden. Der Prozess muss schnell genug stattfinden, um auf die aktuelle Pandemie noch antworten zu können.

Den Wachstumsbegriff loslassen: Unsere Wohlstandsmessung orientiert sich an Umsätzen und wird von den Geldströmen bestimmt. Mehr ist aber nicht immer besser. Die Wachstumstheorie schließt die Verteilungsfrage aus. Care-Arbeit und Nachhaltigkeit spielen keine Rolle, weil sie monetär nicht erfasst sind. Falsche Indikatoren lassen Verlustsysteme entstehen. Die Wachstumsabhängigkeit muss reduziert werden, um vom derzeitig festgefahrenen System langfristig abzukommen. Wenn im Darstellungssystem die Umweltbilanzen sichtbar würden, gäbe es auch andere Innovationen und Strukturwandel. Der Begriff „Grenzen des Wachstums“ ist ebenfalls irreführend. In Bezug auf die Wirtschaft reden wir eigentlich nicht über Wachsen sondern über Mehrwert. Niemand will, dass beispielsweise Bildung nicht wachsen kann. Ein Problem liegt in der monetären Erfassung, obwohl diese noch unumgänglich ist. Zahlen sind oft volatil und morgen oft schon überholt. Auch alternative Wachstums-Parameter sind nicht hilfreich. Man produziert mehr Zahlen, die kaum jemand versteht. Und Wirtschaftshandeln ist immer Erwartungshandeln. Wenn man Zahlen produziert, richten die Leute sich auch danach und produzieren das, was die Zahlen vorausgesagt haben. Zudem findet eine enorme Normierung statt.

Wohlstandsdefinition reformieren: Die Frage nach Wohlstand darf nicht auf Materielles reduziert werden. Auch saubere Umwelt oder Gesundheit gehören dazu. Mit dem BIP gelten aber nur alle monetären Ausgaben, die in der Wirtschaft anfallen, als wohlstandsmehrend. Mit entsprechenden Indikatoren kann auch nichtmaterieller Wohlstand erfasst werden. Eine Entwicklungsarbeit gab es dazu bereits mit der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand,

Lebensqualität“⁹. Obwohl das BIP als Mess- und Zielgröße politischen Handelns eigentlich ausgedient hat, ebenso wie der Homo-Oeconomicus, wurde diese Indikatoren-Entwicklung bisher nicht weiterverfolgt. Inzwischen wird an vielen Stellen klar, dass die klassischen ökonomischen Modelle, auch das BIP, allein nicht die Mittel sein können und nie sein dürfen, um Krisen zu beschreiben und zu lösen. Denn hiermit wird auch festgelegt, was Wohlstand ist und was Werte und Ressourcen sind, die wir mehren wollen und verteilen können. Überdacht werden muss auch, was als ökologischer Standard definiert wird. Die neuen Krisen sind wesentlich entgrenzter als frühere Krisen waren. Wie sollten wir also neu bezeichnen und messen, was Wohlstand ist? Eine New-Deal-Aufgabe könnte sein, neue Wohlstands-Indikatoren entwickeln: Was ist für uns ein Fortschrittsmodell zur Erfassung von Wohlstand, wo wollen wir hin? Ein Ansatzpunkt sind die damaligen Ergebnisse der Enquetekommission. Auch der Better-Life-Index der OECD¹⁰ mit seinen elf Dimensionen, davon neun nichtökonomischen Kriterien, hat breite Unterstützung gefunden. Interessant sind auch die Doughnut-Economics von Kate Raworth. Ihr ökonomisches System berücksichtigt, dass die Menschenrechte in Wirtschaftsentscheidungen eingezogen werden müssen.

Externe Effekte richtig bewerten: Im BIP werden alle geldwerten Umsätze erfasst, auch solche die entweder Schaden verursachen oder einen Schaden reparieren müssen. Das BIP wird nicht korrigiert durch das, was dabei an Schaden entsteht oder was verlorenght, z.B. auch nicht die „grünen“ Verluste. Die Minderwertschöpfung geht nicht in die derzeitige Wohlstandsmessung ein. Kritik am BIP wird in Bezug auf solche Kollateralschäden schon lange geübt. Wir haben keine Lösungen dafür geschaffen und müssen feststellen, dass das für die Zukunft keine Option ist. Es gibt ebenfalls wenig Forschung, um negative Ergebnisse vorab zu verhindern. Politik allein ist davon aber überfordert. Die Probleme sind überdimensional. Zudem gibt es vielfach einen politischen Angststillstand: Wenn es um grundsätzliche Änderungen geht, werden sie oft nicht angegangen, weil dies negativ auf die Personen zurückschlägt, die das betreiben. In ökologischer Hinsicht wird deshalb zu wenig getan und wohl auch erst, wenn es für vieles zu spät sein wird. Bisher wird immer nur an kleinen Dingen herumgedoktert. Die ökonomischen und sozialen Wissenschaften können sich der Aufgabe annehmen, Änderungsvorschläge zu entwickeln.

Den Arbeitsbegriff erweitern: Die Corona-Krise macht deutlich, was die Gesellschaft eigentlich trägt: Nicht das Geldsystem trägt die Gesellschaft, sondern Care. Und damit trägt Care auch das Geldsystem. Das anerkannte Wertesystem ist plötzlich auf den Kopf gestellt. Das liegt aber nur daran, dass wir ein gängiges Narrativ darüber haben, dass das Geldsystem wichtig ist und alles andere trägt, eine erfolgreiche Geschichte also. Mit der Corona-Krise stellt sich heraus: Das Geldsystem trägt uns in der Gesellschaft nicht wirklich, sondern wird vom anderen getragen und gestützt. Menschen brauchen heute Geld zum Leben. Arbeit und gutes Leben gehen über das, was das Geldsystem umfasst und leisten kann, weit hinaus – mit Qualität von Lebensmitteln, Kultur, Kreativität, auch dem Bewusstsein, dass Menschen die Möglichkeit haben, ihr Leben selbst zu bestimmen. Viele solcher Arbeitsthemen liegen auf dem Tisch, sie sind

⁹ Deutscher Bundestag (BT): Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wachstum und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft: BT-Drucksache 17/3853 (Auftrag) und 17/(26)123 (Bericht)

¹⁰ OECD Better Life Index: <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=BLI>

nicht neu. Sie werden aber nicht berücksichtigt, wenn es sich nicht um bezahlte Erwerbsarbeit im System der Real- und Finanzwirtschaft handelt. Der Tenor der Gesellschaft hat sich aber geändert. Die Menschen suchen heute auch nach Möglichkeiten, wie man die Dinge und die dafür notwendige Arbeit neu bewerten und berücksichtigen kann. Welche utopischen Kräfte kann die Pandemie in Bezug auf Care und andere bisher unbezahlte Arbeit freisetzen?

Umbau von Wertschöpfungsketten: Eigentlich ist es eine tolle Botschaft, dass die ganzen Ausgaben, die in Krisen dafür verwendet werden, den Konsum anzuheizen, eigentlich für den Umbau von Wertschöpfungsketten verwendet werden könnten, z.B. Kreislaufwirtschaft und Sharing-Ökonomie. Nicht das Auto macht glücklich, sondern die Erlebnisse, die man damit vielleicht hat. Mobilität an sich zu denken, würde eher nicht auf dem Auto aufbauen. Auch das Elektroauto verkauft im Prinzip das gleiche Produkt mit neuem Auftritt. Ein New Deal könnte sein, die Beweislast umzukehren. Heute muss die Bewegung beweisen, dass der ökologische Umbau der Wirtschaft nicht schadet. Währenddessen müssen Unternehmen, die Umweltschäden verursachen, ihre Produkte nicht negativ kennzeichnen – mit Ausnahme der Tabakindustrie. Zudem stellt sich die Frage, wie ökologische Verluste in die Bilanzen der Unternehmen kommen.

Wichtig wird dabei die Unterscheidung zwischen volkswirtschaftlichem und betriebswirtschaftlichem Interesse. Beispielsweise bringt schlechte Bezahlung von Arbeitnehmer*innen Marktvorteile, aber auch Absatzkrisen hervor, weil die Produkte nicht abgesetzt werden können. Bei ökologischen Katastrophen werden die Märkte ebenfalls wegbrechen. Aus volkswirtschaftlicher Sicht muss in die betriebswirtschaftlichen Grundlagen eingegriffen werden, wenn die Seiten nicht zusammenpassen. Betriebswirtschaftliche Klugheit ist oft volkswirtschaftliche Dummheit. Der Streit zwischen Angebots- und Nachfrage-orientierter Politik existiert seit Jahrzehnten, und er ist Machtpolitik. Für gute Bezahlung haben sich die Gewerkschaften eingesetzt. In Bezug auf die Ökologie sind es die Umwelt-Bewegungen, die aber nicht die gleichen Mittel haben, z.B. fehlt ihnen der Streik. Sie können dem betriebswirtschaftlichen Einzelinteresse nur standhalten oder widersprechen. Ohne eine nachhaltige Umweltbewegung wird der notwendige Umbau nicht stattfinden. Eine Voraussetzung für Veränderung ist, dass der Gesellschaft die derzeitigen Verluste klargemacht werden.

Finanzmarkt als Dienstleister re-etablieren: Im westlichen Kapitalismus hat die Geldpolitik der vergangenen Jahrzehnte dazu geführt, dass im Kapitalmarkt Wachstum generiert wird, das mit der Realwirtschaft nicht mehr in Verbindung steht. Die Kapitalmärkte haben sich selbstständig gemacht. Gewinne im Finanzmarkt stehen nicht im Verhältnis zu Arbeitsplätzen oder den Arbeitsergebnissen. Die heutigen Werte der Finanzwirtschaft sind für das tägliche Leben eigentlich unerheblich. Wie kann mit dem Geldsystem dann überhaupt Wohlstand generiert werden? Bisher traut sich die Politik nicht, die Umschlaggeschwindigkeit des Finanzmarktes auch nur etwas zu entschleunigen. Gerade die aktuelle Geldpolitik mit uneingeschränktem Gelddrucken ist zu kritisieren, denn sie beschleunigt den Prozess noch. Nach der Corona-Krise ist mit hoher Inflation zu rechnen. Man könnte die Krise mit einer wirksamen Finanztransaktionssteuer finanzieren. Das wird aber nicht gemacht. Um den Stillstand hier zu beenden, muss der Wachstumsbegriff reformiert werden. Interessant ist derzeit, dass überhaupt schon über die Rolle der Zentralbanken diskutiert wird. Es ist eine Frage von Vertrauen, Gerechtigkeit und

Verteilung, was mit dem Geldsystem in Zukunft geschieht und welche Wirkung es behält. Ein New Deal könnte sich auf diese Geldpolitik beziehen.

Anhang: Geschichte des New Deal in Deutschland

Das Schröder-Blair-Papier¹¹: Für die Europawahl 1999 sollte das Schröder-Blair Papier vor dem Hintergrund des Thatcherismus und der Ära Kohl der Sozialdemokratie in Europa neuen Aufschwung geben. Mit Bezug auf eine „Neue Mitte“ sollten neue Positionen und Leitbilder eines „dritten Wegs“ zwischen dem neoliberalen beziehungsweise wirtschaftsliberalen Kapitalismus und der klassischen Sozialdemokratie formuliert werden. Das Ziel war die Modernisierung der sozialdemokratischen Programmatik, insbesondere mit neuer wirtschaftsfreundlicher Ausrichtung, einer Reform der Sozialsysteme und der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Die Auffassung der Verfasser, dass pragmatische und keine ideologische Wirtschaftspolitik betrieben werden müsse, verstärkte jedoch in beiden Ländern die neoliberale Wirtschaftstheorie durch vielfache Umsetzung in der Praxis. In Großbritannien wurde die Arbeitswelt unter der Überschrift „New Labour“ weiter flexibilisiert. In Deutschland führte diese Theorie zu einem Kurswechsel der SPD, zumindest in ihrer Spitze, in dessen Verlauf die Agenda 2010 entwickelt wurde und die Etablierung der Linken als bundesweit tätige Partei stand.

Die Agenda 2010: Das Schröder-Blair-Papier wurde inhaltlich zu einem Grundstein für die Agenda 2010, mit der ab 2004 der Arbeitsmarkt in Deutschland neu strukturiert wurde. Die von Kanzler Schröder berufene Hartz-Kommission¹² bezog sich auf dessen Grundsätze der Liberalisierung für Unternehmen im globalen Markt und übertrug diese Sicht auf den Arbeitsmarkt. Eine wichtige Rolle spielte die These, dass der Konkurrenzdruck aus der globalen Wirtschaft nicht durch Politik gestaltbar sei. Wettbewerbsfähigkeit ergibt sich unter dieser Bedingung vor allem durch Anpassung an die globalen Bedingungen. Für den Arbeitsmarkt in Deutschland bedeutete dies Deregulierung, Flexibilisierung und Lohnsenkungen, die bis heute aktiv sind und wirken. Befürworter der Agenda 2010 loben bis heute, dass die deutsche Wirtschaft damit im globalen Markt wettbewerbsfähiger geworden sei. Nationale Wirtschaft und Arbeitsmarkt reagierten direkt auf Verwerfungen in der globalen Ökonomie, ohne diese steuern zu können und viele Jahre auch ohne sie steuern zu wollen, wenn man die Untätigkeit deutscher und europäischer Politik beispielsweise gegenüber den globalen Konzernen bewertet, die von der Agenda-Politik bis heute profitieren. Folgt man dabei der beschriebenen Anpassungstheorie weiter, so ergibt sich danach auch die Notwendigkeit ausgleichender Maßnahmen, wie sie in der sozialen Marktwirtschaft bereits vor der Agenda 2010 vorgesehen waren. Mit der Agenda wurde die Grundsicherung für Erwerbsfähige eingeführt, verbunden mit erheblicher Schlechterstellung gegenüber der vorherigen Arbeitslosenhilfe. Mit dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ wurde sichergestellt, dass nicht nur die Arbeitssuchenden in dem

¹¹ Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair (London, 8. Juni 1999) Quelle: SPD Archiv

¹² Erfahrungsbericht HB aus der gewerkschaftsinternen Beratungsgruppe für Isolde Kunkel-Weber, die Mitglied in der Hartz-Kommission war

Agenda-System mitmachen mussten. Die Agenda übte auch heftigen Druck auf bestehende Arbeitsverhältnisse aus.

Die pragmatische Mitte: Auch die Union hängt sich in ihrer politischen Darstellung an die Agenda 2010 an¹³, denn dies entsprach an vielen Stellen den neoliberalen Anforderungen aus der Wirtschaft. Im letzten Wahlprogramm wurde sogar die „gemeinsame Umsetzung“¹⁴ hervorgehoben. Mit solcher „Kraftanstrengung“ sei es gelungen, die „wirtschaftliche Dynamik neu zu entfalten“. Während der Regierungszeit von Kanzlerin Merkel wurde zudem ein Begriff aus der New-Deal-Politik richtungweisend. Die „Mitte“ verdeutlicht den Pragmatismus der Merkel Ära und wurde zu ihrem Markenzeichen. Als „demokratische Mitte“ will die Union auch „ein besseres Verhältnis zwischen dem Recht des Einzelnen und der Pflicht gegenüber der Gemeinschaft“ erzielen.¹⁵

Eine neue Dynamik: Ausläufer der Agenda 2010 wurden im Anschluss in den Koalitionsvertrag 2018¹⁶ aufgenommen. Ausgehend von einer guten „Ausgangslage“, in der „die Wirtschaft boomt“, wollte die Koalition mit „neuer Dynamik (...) das Erreichte sichern und ausbauen“. Der Wettbewerbsvorteil, der mit der Agenda 2010 erreicht werden sollte, war erreicht und sollte verstärkt werden. Der Koalitionsvertrag hielt am Grundsatz fest, dass die Chance zur langfristigen Sicherung von Gerechtigkeit aus dem Wirtschaftswachstum heraus zu erfüllen sei. Das Wahlergebnis habe jedoch gezeigt, dass „viele Menschen unzufrieden und unsicher sind“ in Bezug auf die Verteilung des Wohlstands. Deshalb sollte auch wieder etwas für Bürger*innen mit dem Bedürfnis nach „Sicherheit im Alltag (...) und Stabilität“ getan werden. Der gesetzliche Mindestlohn, mit dem die schwersten Agenda-Folgen in der Entlohnung beseitigt werden sollten, war bereits 2015 eingeführt worden. Im Regierungsprogramm standen nun erneut Sozialreformen für Beschäftigte, beispielsweise Aufbesserungen für die Grundsicherung, eine Grundrente sowie das Entgeltgleichheitsgesetz. Mit entsprechendem Regierungshandeln sollte das „Vertrauen (...) in die Handlungsfähigkeit der Politik“ gestärkt werden. Die Koalition rückte aber nicht von der Unregierbarkeit der globalen Märkte ab.

Nach den Entwicklungen, die der Agenda 2010 folgten, kam es zu erheblichen Verwerfungen auch im zwischenstaatlichen Wettbewerb in der EU und den jeweiligen Arbeitsmärkten sowie zu Folgen für die nationalen Sozialsysteme. Seit der griechischen Finanzkrise musste auch erneut darüber nachgedacht werden, ob sich die Ideen des immer noch geltenden „New Deal“ mit seiner neoliberalen Ausrichtung inzwischen überholt haben und ersetzt werden sollten.

Der SPD fiel es über Jahre schwer, sich von diesem großen Wurf inhaltlich und ideologisch wieder zu verabschieden. Sie war im internationalen Wettbewerb dafür gelobt worden. In der großen Koalition war eine Abkehr von dieser Politik ohnehin nicht möglich. Zudem hätte es bedeutet, die Lebenswerke eigener Politiker in Frage zu stellen, was meist erst im historischen Rückblick möglich wird. Aber die Agenda-Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt führten unerbittlich dazu, dass die Partei traditionelle Wählerkreise verlor. Das früher erfolgreiche Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland war mit diesen New Deals

¹³ „Regierungsprogramm“ der CDU 2017: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.

¹⁴ Ebd. Seite 4

¹⁵ CDU, Webseite 10.3.2021: Die CDU diskutiert: Dienst für unsere Gesellschaft.

¹⁶ Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 2018

ausgehebelt worden. Dafür ist nicht die Agenda 2010 allein verantwortlich, sie löste jedoch viele der relevanten Bewegungen in der Gesellschaft aus, verstärkte die Anwendung und Wirkung neoliberaler Wirtschaftspolitik und stärkte so auch den politischen Populismus.

Der Green Deal: Eine Bewertung der Maßnahmen und Ergebnisse der neuzeitlichen New Deals zeigt, dass die neoliberalen Wirtschaftsgrundsätze über die Jahrzehnte, in denen sie schon praktiziert werden, zahlreiche externe Effekte erbrachte. Die Notwendigkeit, einen neuen New Deal zu finden, der mit den Verwerfungen umgehen kann, die aus den ökologischen externen Effekten hervorgingen, wurde früh von den Grünen aufgegriffen. Die immer leichter erkennbaren Klimafolgeschäden führten zu ihrem Grundsatz, dass „ökologische Modernisierung (.) die existentielle Aufgabe unserer Zeit und zugleich die Zukunftsversicherung unserer Wirtschaft“ ist.¹⁷ Auch hier kann man von einem New Deal sprechen, der die pragmatische Wirtschafts- und Sozialpolitik verändern soll und zudem die Theorieentwicklung betrifft. Die Grünen waren auch die erste Partei, die sich ganz praktisch den geschlechtsspezifischen Verwerfungen zuwandten, die aus ungleicher Verteilung entstanden waren. Sie nahmen die Gleichstellung in ihre Politik und die Parteistatuten auf. Grüne Ideen gewannen allgemein an Zustimmung und kommen inzwischen in den bundesdeutschen Partei- und Wahlprogrammen mit unterschiedlicher Ausprägung vor. Ein „Green Deal“ findet sich inzwischen auch in der EU-Politik, die lange Zeit auch in der Gleichstellung federführend war.

Der Nachhaltigkeits-Deal: Die Kritik aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an einer über Jahre zementierten, neoliberal ausgerichteten und globalen Wirtschaft führt dennoch inzwischen an zahlreichen Stellen dazu, neue Sichtweisen, veränderte Theorien und neue pragmatische Politik einzufordern und zum Teil auch schon inhaltlich und theoretisch zu erarbeiten. Zunächst standen meist Klima und Globalisierung im Mittelpunkt. Bei eingehender Betrachtung kommt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Verteilung von Armut und Reichtum, Wirkungen auf die Demokratie und die digitale Überlagerung von Wirtschaft und Gesellschaft als Nachhaltigkeits-relevante Bausteine hinzu. Viele Staaten, auch die Bundesrepublik, haben das kritische Potenzial in der Nachhaltigkeitsdebatte erkannt und Verabredungen dazu getroffen, beispielsweise das Klimaabkommen oder den Atomausstieg. Die breiteste Palette ist in den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen abgebildet. Der Anspruch an Theoriebildung und pragmatische Politik geht, wenn man die Sustainable Development Goals ernst nimmt, weit über den ursprünglichen New-Deal-Gedanken hinaus.

¹⁷ Bündnis 90/Die Grünen, Webseite 10.3.2021: Grüner Wirtschaften